Dezernent Wagner führte ergänzend zur Vorlage aus, dass das so genannte Übergangsmanagement einen wichtigen Baustein im Rahmen der Bildungskoordinierung darstelle. Der Kompetenzcheck wiederum sei ein Hauptbestandteil im Übergangsmanagement Schule-Ausbildung-Beruf. Was dieser Kompetenzcheck nun im Einzelnen beinhalte, wolle die Verwaltung heute den Ausschussmitgliedern aufzeigen. Sowohl im Fachausschuss als auch im Finanzausschuss sei der Kompetenzcheck wiederholt Thema gewesen. Im Rahmen der freiwilligen Leistungen würden im Haushalt 2010 Mittel in Höhe von 250.000,- € für die flächendeckende Durchführung an allen Hauptschulen und an allen öffentlichen Realschulen zur Verfügung gestellt. Der ursprünglich geplante Ansatz in Höhe von 300.000,- € sei im Rahmen der Haushaltsberatungen gekürzt worden. Inwieweit der Betrag auskömmlich sei, könne erst nach Eröffnung der Ausschreibungsergebnisse festgestellt werden. Neben den Mitteln des Kreises würden 90.000,- € über die Stiftung Partner für Schule finanziert. Soweit der Kompetenzcheck im Jahr 2011 auch auf Gesamtschulen und Förderschulen ausgedehnt werde, werde der bisher vorgesehene Ansatz in Höhe von 350.000.- € voraussichtlich nicht mehr auskömmlich sein.

Die Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn sei bei diesem Projekt nach wie vor hervorragend. Man habe inzwischen im Rahmen der Evaluation der Pilotphase Gespräche mit den Schulen und den Anbietern geführt. Das Ergebnis sei sehr positiv. Es handele sich um eine regionale Zusammenarbeit im wahrsten Sinne des Wortes.

Als Ergänzung zu diesem Tagesordnungspunkt wurden einige Exemplare des Berufswahlpasses, wie er in Kürze den Schulen zur Verfügung gestellt werde, zur Kenntnis gegeben.

<u>Abg. Frohnhöfer</u> erkundigte sich nach der zu Anfang des Projektes erhofften Mitfinanzierung des Kompetenzchecks durch die Agentur für Arbeit.

<u>Dezernent Wagner</u> bestätigte, dass eine Mitfinanzierung durch die Agentur für Arbeit zwar nicht im erhofften Umfang aber zum Teil über die Mittel der Stiftung Partner für Schule erfolge. Ob und in welcher Höhe in den Folgejahren eine finanzielle Beteiligung der Arbeitsagentur möglich werde, sei noch nicht abzusehen. Die Verwaltung bemühe sich jedoch eine Mitfinanzierung durch Dritte zu erreichen.

<u>Frau Paar</u> erläuterte die Inhalte des Kompetenzchecks auf Grundlage der Präsentation einer beauftragten Firma. Die Präsentation ist als **Anlage 4** der Niederschrift im nichtöffentlichen Teil beigefügt.

Abg. Mersch erklärte, dass sie sich erstmals mit diesen Inhalten konfrontiert sehe und über die Ausgestaltung entsetzt sei. Dieses Verfahren solle offenbar über die berufliche Zukunft von Schülern entscheiden.

<u>Frau Paar</u> stellte klar, dass das Ergebnis des Kompetenzchecks keineswegs die Vorgabe für eine Berufswahl darstelle. Vielmehr solle den Jugendlichen die Sicht auf ihre Stärken ermöglicht werden, um ihnen eine Berufswahlentscheidung zu erleichtern. Schüler und Eltern äußerten sich positiv über den Test und hätten es als sehr hilfreich empfunden, Informationen darüber zu erlangen, in welche Richtung sich der Jugendliche weiter orientieren könne, in Form einer ersten Einschätzung der Perspektiven.

<u>Die Vorsitzende</u> erklärte, dass der Ausschuss nach einem langen Prozess Einigkeit zum Übergangsmanagement erzielt habe. Es handele sich um ein Projekt, bei dem man mit der Stadt Bonn, den Kammern, der Arbeitsverwaltung sowie Schulen und Schulaufsicht erfolgreich zusammenarbeite. Das Thema sei Kernstück der Ausschussarbeit in der vergangenen Wahlperio-

de gewesen. Heute könne nicht der Zeitpunkt sein, dies alles plötzlich zu hinterfragen und bei Null anzufangen

Abg. Tendler erläuterte auf Grundlage seiner beruflichen Tätigkeit, dass viele Jugendliche nach Beendigung der Sekundarstufe 1 noch keinen Berufswunsch vorweisen könnten. Vielfach würden die Jugendlichen dazu neigen, sich zu über-, aber auch zu unterschätzen. Der Kompetenzcheck liefere den jungen Menschen einen ersten Ansatz, sich selbst richtig einzuschätzen. Wie ernsthaft die Ergebnisse umgesetzt würden, sei auch abhängig von der Mitarbeit der Eltern. Je früher dies erfolge – auch mit Unterstützung in den Schulen – umso besser. Es sei richtig und wichtig den jungen Menschen fundierte Entscheidungshilfen an die Hand zu geben.

<u>Dezernent Wagner</u> führte aus, dass die Kosten des Kompetenzchecks in Relation zu den gut 3.000 Schülern aller Hauptschulen und aller öffentlichen Realschulen im gesamten Rhein-Sieg-Kreis gesehen werden müssten. Sein Eindruck aus zwei Informationsveranstaltungen, an denen er teilgenommen habe, sei, dass die beteiligten Schüler und Eltern den Kompetenzcheck sehr begrüßten. Der finanzielle Aufwand des Kreises sei unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und der professionellen Hilfestellung für den Übergang Schule-Ausbildung-Beruf sicherlich gut investiert.

Abg. Mersch erklärte, dass sie bisher nicht über die Ausgestaltung des Kompetenzchecks informiert gewesen sei und sich das so nicht vorgestellt habe.

KVOR Clasen führte ergänzend aus, dass im Vorfeld Gespräche mit den weiterführenden Schulen, den Berufskollegs und den ausbildenden Unternehmen in der Region geführt worden seien. Diese Gespräche hätten als Konsequenz zum Kompetenzcheck geführt. Die Ergebnisse der Kompetenzchecks erhielten auch die Schulen, damit in den noch verbleibenden 2 Schuljahren eine weitere individuelle Förderung erfolgen könne, um die Jugendlichen zur Ausbildungsreife zu führen. Ohne diese kompetente Unterstützung seien die Schulen kaum in der Lage, die Kompetenzen jedes einzelnen Schülers zu ermitteln und entsprechende Förderungen anzubieten.

<u>Abg. Frohnhöfer</u> erklärte, das Ziel der Anstrengungen zum Übergangsmanagement sei, junge Menschen früher in Ausbildung und Beruf zu bringen und so die Zahl der in den Berufskollegs "geparkten" Jugendlichen zu verringern. Hierbei habe sich der Ausschuss entschieden, den Kompetenzcheck als einen wesentlichen Baustein einzuführen. Sie halte diesen Weg für richtig und notwendig. Er solle so wie geplant weiter beschritten werden.

Abg. Göllner nahm das Konzept in Schutz. Es gehe nicht darum, die Eltern und Schulen aus ihrer Verantwortung zu entlassen und alles auf externe Institute zu verlagern. Vielmehr sei es heute sehr viel komplizierter, die richtige Berufswahl zu treffen. Die Hilfestellung, die durch den Kompetenzcheck den jungen Menschen und ihren Eltern für die richtige Entscheidung an die Hand gegeben werde, sei notwendig und sehr gut. Man dürfe nicht warten, bis Schüler mit dem schlechten Hauptschulabschluss versorgt werden müssten. Man müsse so wie früh wie möglich klare Einschätzungen erhalten. Aus diesen Gründen halte sie das Konzept für sehr gut.

Abg. Eyermann bekräftigte die von Abg. Tendler und Abg. Göllner bereits dargelegten Gründe für den Kompetenzcheck. Die Wirtschaft fordere geradezu diese Art der Testung bei Einstellungsverfahren. Er halte es für sehr weitsichtig, dass die Verwaltung bereits vor Jahren die Notwendigkeit dieses Projektes an den Ausschuss herangetragen habe. Die aufzuwendenden finanziellen Mittel, dies sei auch bei Etatberatungen einhellige Meinung gewesen, stellten gut investiertes Geld dar. Er sehe es als notwendig an, dass Schülerinnen und Schüler frühzeitig mit solchen Testverfahren vertraut gemacht würden und diese auch einüben könnten. Die Anforde-

rungen der Wirtschaft stellten sich so dar und man müsse das Notwendige tun, um die jungen Menschen gut auf diese Anforderungen vorzubereiten.

Herr Roebke bestätigte aus seiner Praxis als Schulseelsorger am Carl-Reuther-Berufskolleg in Hennef, wie wichtig eine fundierte Berufswahlentscheidung sei. Er begrüße das vorgestellte Konzept. Die Einschätzung der eigenen Fähigkeiten stimme leider oft nicht mit den Tatsachen überein. Die jungen Menschen überschätzten oder unterschätzten sich. Immer wieder komme es zu Ausbildungsabbrüchen, die neben den persönlichen Konsequenzen natürlich auch finanzielle Verluste zur Folge hätten. Es interessiere ihn, inwieweit persönliche Lebenskrisen oder Lebenssituationen Berücksichtigung bei der Auswertung der Testergebnisse fänden.

<u>Frau Paar</u> antwortete, dass im Rahmen einer Selbstdarstellung der Schüler, welche zu Beginn des Testverfahrens erstellt werde, einige der erwähnten Informationen bekannt würden. Darüber hinaus gehende Informationen müssten aus den Kenntnissen der Schule mit einfließen. Bei dem Kompetenzcheck in Klasse 8 handele es sich um eine Momentaufnahme im aktuellen Lebensumfeld. Für Schülerinnen und Schüler, die in den folgenden Jahren deutliche Veränderungen zeigten, bestehe in Absprache mit der Agentur für Arbeit die Möglichkeit, in Klasse 10 einen erneuten Test zur Berufswahlorientierung zu absolvieren.

Abg. Otter ergänzte, es gehe heutzutage nicht mehr um "den" gewählten und ausgeübten Beruf. Vielmehr werde eine "Mehrberuflichkeit" erwartet. Umso wichtiger sei die Feststellung so genannter Kernkompetenzen, die ein weites Spektrum an Berufsmöglichkeiten eröffneten. Umgekehrt dürften die festgestellten Kompetenzen nicht zwanghaft verfolgt werden und damit den Blick über den Tellerrand hinaus versperren. Kompetenzen könnten sich entwickeln und Neigungen sich ändern. Als Entscheidungshilfe halte er die kompetent ermittelten Ergebnisse für sehr wichtig und richtig.

Abg. Herchenbach-Herweg dankte der Verwaltung für die heutige Information zu den Inhalten des Kompetenzchecks. Sie habe noch ergänzende Fragen: Wie die angesprochene Förderung aufgrund des Ergebnisses aussehe, wie die vier in der Vorlage aufgeführten Begriffe miteinander vernetzt seien und schließlich wie die Arbeit der für das Projekt EinTopf eingesetzten Fachkraft aussehe. Darüber hinaus rege sie an, dass die Verwaltung dem Ausschuss in regelmäßiger Folge erläuternde Informationen zu den einzelnen Projekten unterbreiten solle.

<u>Frau Paar</u> ging auf die Fragen der <u>Abg. Herchenbach-Herweg</u> ein. Aufgrund der Ergebnisse aus der Pilotphase befinde sich die Art und Weise der Förderung noch im Abstimmungsprozess, an dem auch die Schulaufsicht beteiligt sei. Als Schlagworte seien hier schulische Praktika in Unternehmen, außerschulische Patenschaften sowie Partnerunternehmen zu nennen, die über die Förderleistungen der Schule hinaus einbezogen werden könnten. Es gehe jedoch nicht nur darum an den Schwächen zu arbeiten, sondern auch vorhandene Kompetenzen auszubauen und einzusetzen.

Die Landesförderprogramme EinTopf und STARKLAR hätten die Aufgabe, zu stützen und zu fördern. Der Kompetenzcheck sei in diesem Prozess sozusagen der Anfangspunkt, aufgrund dessen Diagnose die Unterstützungsprogramme einsetzen und aufbauen könnten. Wichtig sei hier der einheitliche Informationsfluss.

Der Berufswahlpass sei eine Sammelmappe, die am Berufswahlprozess Beteiligte auf eine gemeinsame Informationsbasis stelle.

Das EinTopf-Projekt wende sich gezielt an die jungen Menschen, von denen schon bekannt sei, dass sie ohne eine gezielte Förderung nicht die Ausbildungsreife erreichten. Die einzusetzende

Fachkraft werde in diesem Prozess mit den Schulen zusammenarbeiten, deren Fördermöglichkeiten bündeln und einen fachlichen Rahmen schaffen, um die vorhandenen Kapazitäten optimiert einzusetzen.

SkB Pièla erklärte, der Einsatz des Kompetenzchecks in der vorliegenden professionellen und standardisierten Form werde für richtig und wichtig erachtet und unterstützt. Wie wichtig eine Standortbestimmung am Anfang der Berufswahlorientierung sei, darauf hätten bereits die bisherigen Redebeiträge Bezug genommen. Von den ausbildenden Unternehmen werde bestätigt, dass rund 20-25% der Auszubildenden ihre Ausbildung abbrächen, nicht zuletzt auch wegen fehlender und ungenauer Beratung. Dies möglichst zu verhindern stelle nicht nur einen ökonomischen Vorteil dar, sondern sei auch im Hinblick auf Einzelschicksale notwendig. Der Kompetenzcheck sei auch ein Instrument schulischer Evaluation. Auch im Abgleich mit den Ergebnissen früherer Kompetenzchecks zeige sich langfristig in fünf oder zehn Jahren, ob und wie gut man die jungen Menschen auf die Anforderungen des Berufslebens vorbereitet habe. Er halte die Kosten für gut investiertes Geld und sehe den Kreis auch im Hinblick auf die Bildungsregion auf einem guten Weg.

<u>SkB Meiswinkel</u> bekräftigte aus ihrer persönlichen Erfahrung als Lehrerin und als Mutter die Wichtigkeit der Durchführung eines Kompetenzchecks. Kompetente Hilfe bei der Einschätzung der eigenen Fähigkeiten und Neigungen an der Hand zu haben, sei eine große Hilfe für die jungen Menschen und ihre Eltern auf dem Weg zur Berufswahl.

<u>Abg. Mersch</u> erklärte, dass sie den eingeschlagenen Prozess weiterhin kritisch verfolgen und hinterfragen werde. Sie bleibe bei ihrer Skepsis und halte den Einsatz finanzieller und personeller Kapazitäten an anderer Stelle für wichtiger.

<u>Die Vorsitzende</u> fasste als Ergebnis zusammen, dass fraktionsübergreifend die deutlich überwiegende Mehrheit des Ausschusses die Anstrengungen der Verwaltung zur Umsetzung des Kompetenzchecks und der daran anschließenden Projekte im Übergangsmanagement begrüße und in vollem Umfang hinter dem Projekt stehe.